

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Band: 3 (1984)

Heft: 2: Widerstand

Artikel: Wir kommen wieder! : Chronologische Collage der Anti-AKW-
Bewegung 1969 bis 1979

Autor: Michel, Ruth

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586422>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

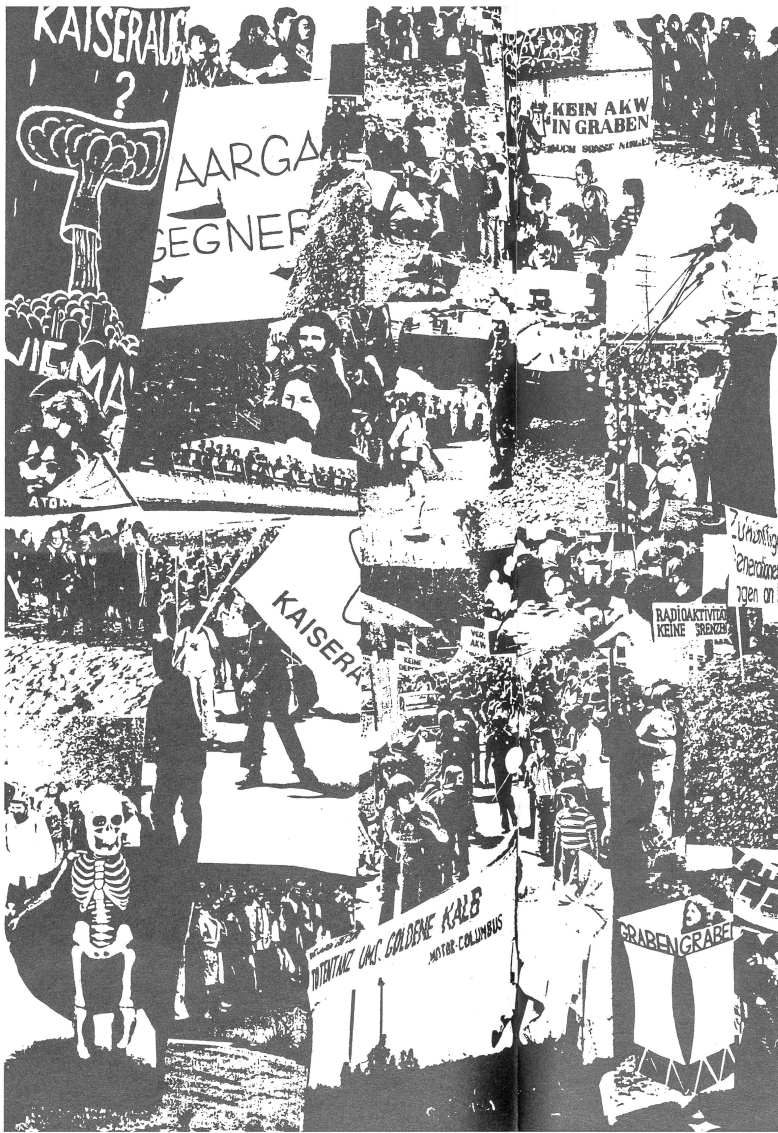
Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

KOMMEN WIEDER!

Chronologische Collage der Anti-AKW- Bewegung 1969 bis 1979

In den Anfängen waren es nur einzelne, oft als Spinner, weltfremde Idealisten und Träumer bezeichnet, die vor der Nutzung der Kernenergie warnten – 1979 stimmte fast die Hälfte der Schweizer Bevölkerung einer Initiative zu, die eine Denkpause im AKW-Bau verlangte. Zehn Jahre Einsatz, Auseinandersetzungen, Krisen, Erfolge und Resignation lagen dazwischen, aber immer wieder sagten die Unentwegten: Wir kommen wieder. Ein Rückblick auf diese zehn Jahre bis zur ersten Abstimmung, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, aber mit vielen Details, die vielleicht schon vergessen sind. Rückblickende: Ruth Michel.



Eigentlich begann alles ganz aussichtsreich und hoffnungsvoll. «Atoms for Peace» und Boom, Sputniks und Technikbegeisterung, Fortschrittsglaube und Wachstumseuphorie prägten das Klima – von Grenzen sprach noch niemand. Hinter geschlossenen Türen, Experten unter sich, wurde still und heimlich das Atomprogramm Schweiz aufgebaut. Szenarien mit fünfzehn, zwanzig AKW gebastelt und bereits die ersten Landkäufe ins Auge gefasst. 1957 wurde feierlich der erste Versuchsreaktor in Würenlingen in Betrieb gesetzt. 1959 stimmte das Volk dem Atomgesetz zu, praktisch ohne Widerspruch. Es waren eigentlich nur die Sozialdemokraten, die sich daran störten, dass ein AKW keiner Konzession bedürfte: «Jedes Elektrizitätswerklein, das kleine Drahtseilhähnchen ins Marzili», kritisierte ein Berner SP-Abgeordneter im Nationalrat, «benötigt eine Konzession. Warum lehnt man das gleiche für Atomkraftwerke ab?» Doch die Sozialdemokraten waren allein auf weiter Flur, und so konnte die Geschichte ihren Lauf nehmen, die Geschichte der Atomkraft, die, zielstrebig und zukunftsweisend, vorsah, dass die Betreiber der Atomkraftwerke ihre Gewinne einstreichen und die Verluste der Öffentlichkeit anhängen konnte, die vorsah, dass die Erbauer von AKW der Kontrolle durch Volk und Staat entzogen werden sollten und dass ein AKW-Bau weniger Einsparungsmöglichkeiten bot als der Bau eines Hühnerstalls. Die Freude der AKW-Planer wurde erstmals 1962 leicht getrübt: Die Diskussion um das Atomwaffenverbot führte den Schweizern vor Augen, aus welcher gefährlicher Quelle dieser Strom der Zukunft eigentlich stammte und jeder man sprach von Strahlensrisiken. Doch dies wusste die Atomlobby in breit angelegten Pressekampagnen aufzufangen – noch. 1968 war das Schweizer Do-it-yourself-Modell Lucens mit feierlichen Worten eingeweiht worden – Beznau wurde gebaut und nichts schien die Weiterentwicklung der Atomenergie mehr aufhalten zu können. Doch dann, 1969, mischte sich plötzlich ein neuer Ton in die Atomdiskussion, die bis anhin eher einem selbstgefälligen Monolog der Atomwirtschaft gleichgekommen war. Der neue Ton kam aus Basel. Hier, in dieser dichtbesiedelten nordwestlichen Ecke der Schweiz waren die Bewohner mit Wachstumsindustrien und Wachstumsfolgen gesegnet: Der Rhein wurde immer trüber und das Klima immer ungesünder. Als allmählich durchsickerte, wie viele AKW sich hier am Rhein das Wasser zur Kühlung teilen sollten (die geplanten Werke in Deutschland mussten mitberücksichtigt werden), begannen sich einige Bürger darüber Sorgen zu machen – und realisierten dabei, dass sie gar keine Möglichkeiten hatten, sich zu einem AKW-Projekt zu äussern. Aus Baselland kam dann der erste Protest. Der Bundesrat wurde aufgefordert, das AKW Kaiseraugst zu verhindern. Die weitere Belastung des Rheins durch Abwärme aus einem AKW wurde als untragbar beurteilt. Auch zeigte sich die Basel-Landschaftliche Regierung darüber empört, dass sie keine Mitsprache hätte bei einer so wichtigen Entscheidung. Als im Sommer in Kaiseraugst die erste Abstimmung über die Runden ging, waren die Bürger nicht sonderlich interessiert: Mit nur 46 Nein gegen 45 Ja (sehr kleine Stimmbeteiligung) stimmten sie zwar gegen die Einzonung des AKW-Geländes (ein Entscheid, der von der Motor Columbus, Bauherrin von Kaiseraugst, umgehend angefochten wurde), doch machte sich noch keine Grundwelle gegen das Atomkraftwerk spürbar, die Anti-AKW-Gruppe «Kaiseraugst für gesundes Wohnen» war nur eine kleine Splittergruppe und wurde kaum beachtet. Doch mit dieser Abstimmung kam eine neue Diskussion in Gang. Ein anderes Ereignis des Sommers 69 gab der ATOM-Diskussion zusätzlich Aufwind. Am 28. Juni 1969 musste nach einer Panne der Versuchsreaktor Lucens stillgelegt werden. «Von der Atomeuphorie zum Atomkater?» fragten die «Luzerner Neuesten Nachrichten» und zogen Bilanz: Die Schweizer Entwicklung auf dem Bereich der Atomenergie war nicht gerade erfolgreich. Die Atomeuphorie erhielt ihren ersten Knick, daran änderte auch die Wiederholung der Einzonungsabstimmung in Kaiseraugst nicht viel, die im Herbst mit wesentlich höherer Stimmbeteiligung durchgeführt wurde. Mit 174 Ja gegen 125 Nein bejahten die Kaiseraugster die Einzonung – und gaben damit, so die damalige Sicht, grünes Licht für den Atommeiler am Rhein. Abstimmungskommentar der Motor Columbus: «Wir rechnen mit der Inbetriebnahme auf den Winter 1975/76.» Es sollte noch viel Wasser den Rhein hinunterfließen...

1970

Während sich nach dieser Abstimmung, die einen Erfolg für die Atomwirtschaft brachte (sie hatte sich auch entsprechend eingesetzt, an Werbemitteln fehlte es ihr schon damals nicht), die Wogen in Kaiseraugst wieder glätteten, regte sich Protest an andern Orten. Vor allem die Basler wollten nicht klein beigeben. Als am 15. Dezember die Standortbewilligung für Kaiseraugst erteilt wurde, sandte die Basler Regierung eine Protestnote nach Bern. Diese «sture» Haltung stiess im benachbarten Standortkanton, im Aargau, auf keine Gegenliebe. Nicht Sorge um die Wasser des Rheins, sondern knallharte Geschäftspolitik wurden dahinter vermutet: «Der Aargauer habe», berichtete der «Tages-Anzeiger», «das Vorgehen der beiden Nachbar Kantone mit eini-

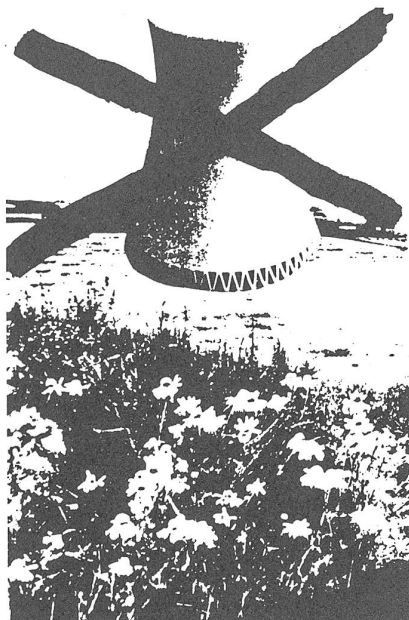
ger Verbitterung aufgenommen, besonders nachdem gerüchterweise bekannt wurde, hinter der Opposition ... stehe in Wirklichkeit die Basler chemische Industrie, welche die Kühlwasserkapazität des Rheins für eigene Bedürfnisse beanspruche.» Auch warfen die Aargauer den Baslern doppeltes Spiel vor: An Gösgen, weit weg, seien sie schliesslich beteiligt. Am 5. Mai 1970 gründeten rund 50 Persönlichkeiten aus Baselland, Basel-Stadt und dem Aargau das «Nordwestschweizerische Komitee gegen das AKW Kaiseraugst», (NWA). Ihre Hauptforderungen: Die Fragen der Flusserwärmung und der radioaktiven Belastung seien genau zu klären, zudem müssten definitive Lösungen für den Atom Müll vorliegen. Die Resolution wurde im Aargau gelesen aufgenommen, man signalisierte Gesprächsbereitschaft und zeigte sich besorgt um den Gewässerschutz: «Die Aargauer Regierung hält es für ausgeschlossen, dass durch die Erwärmung irgendwelche Schäden auftreten können. Um ganz sicher gehen zu können, wird in der Konzession die Auflage gemacht, dass die Atomkraftwerke noch ein zweites Kühlsystem – zum Beispiel mit Kühltürmen – einbauen müssten.» (Gesundheitsdirektor Bruno Hunziker im September 1970.)

1971

Damit war ein neues Stichwort gefallen: Kühlturm. Eine Lösung aus dem Flusswasserdilemma? Anscheinend waren Atomwirtschaft und Bundesrat dieser Ansicht, denn im Mai 1971 fällten sie einen folgenschweren Entscheid: Flusswasserkühlung wurde verboten, neue AKW sollten in Zukunft mit Kühltürmen «geschmückt» werden.

Ein Entscheid, der die Opposition gegen die AKW jedoch keineswegs zum erlahmen brachte, im Gegenteil. Die Kaiseraugster, nach der Abstimmung im Herbst 1969 resigniert, mobilisierten: «Es zeigte sich, dass die Umstellung von der reinen Wasserkühlung zu den Kühltürmen an den grundsätzlichen Auffassungen nichts zu ändern vermochte», stellte das «Badener Tagblatt» nach einer öffentlichen Informationsveranstaltung der Gegner fest. Die Vorstellung, zwei 115 Meter hohe Türme vor der Nase zu haben, trotz «ästhetischer Formschönheit», wie Dr. Peter Graf, Motor Columbus, es nicht unterliess hervorzuheben, kam nicht gut an. Vor allem: Die Kaiseraugster fühlten sich übers Ohr gehauen. So fiel es den Gegnern nicht schwer, innerhalb von drei Tagen 1355 Unterschriften gegen den Kühlturmbau zu Kaiseraugst zu sammeln. «Die Opposition gegen den Bau der Kühltürme», so ein Sprechender des Sammlerkomitees, «darf als Grundwelle betrachtet werden.»

Eine Grundwelle, die auch auf andere Regionen übergriff: Am 17. August 1971



gründeten 5 Einwohner der Region Leibstadt ein «Aktionskomitee gegen das AKW Leibstadt» und gaben noch im gleichen Jahr ihre «Schwarze Broschüre» heraus: «Angeregt durch den Kühlturmstreit in Kaiseraugst und dem Bekanntwerden eines noch grösseren AKW-Projektes in Leibstadt», heisst es im Vorwort, «begannen wir uns mit der Frage des Kühlturmbetriebs zu befassen. Dabei wurde bald klar, dass das Kühlturmproblem nicht das Vordringlichste ist, sondern sich ... eine grosse Zahl ungelöster Fragen ergeben ... Wir sind überzeugt, dass sich jeder Bürger ernsthaft mit diesen Problemen auseinandersetzen muss.» Gleichzeitig wurden Unterschriften für eine Petition zum Verbot des AKW Leibstadt gesammelt: Innerhalb von drei Monaten kamen 3500 Unterschriften zusammen, aus der deutschen Nachbarschaft kamen 12500 dazu. Die Antwort auf «Schwarze Broschüre» und Petition? «Was Sie da in Ihrer Broschüre geschrieben haben, ist alles Unsinn», gab ihnen Peter Courvoisier, Chef der Abteilung für Sicherheit von Kernkraftwerken, zu verstehen, «und damit, meine Herren, habe ich im Auftrag des Bundesrates auch gleich ihre Petition beantwortet.» So einfach war das damals. Die Grundwelle erreichte auch Gösgen, wo Ende 1969 eine kleine Zeitungsnotiz über die Absicht der ATEL, ein AKW zu bauen, orientiert hatte. Aber erst zaghaft regte sich Widerstand. Die Gemeindeammänner rund um Gösgen begrüsst den Kraftwerkbau: «Es ist nicht zu verkennen, dass ein solches AKW eine wirtschaftliche Belebung unserer Region bedeuten würde, die nicht gering eingeschätzt werden darf.» Und der «Kühlturmentscheid» beruhigte die Bürger, die gegen diesen Bau waren: «Wie sollte ein KKW ohne Kühlwasser betrieben werden?» fragten sich die Niederämter und hielten damit das Projekt für begraben. Ein folgenschwerer Irrtum.

1972

Im Mai 1972 bemühte sich die Spitze der Landesregierung persönlich in die Höhle des Löwen, um die widerspenstigsten Kaiseraugster zu besänftigen. «Wenn nicht in diesem Jahr mit dem Bau begonnen werden kann, so reicht selbst bei guter Wasserführung ... von 1977 an die Produktion nicht mehr aus, um den Strombedarf im Winter zu decken», drohte Bundesrat Bonvin, und beruhigte gleichzeitig: «Über 50 Fachleute des Bundes für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz haben ohne Ausnahme erklärt, dass Atomkraftwerke verantwortet werden dürften.» Doch der Empfang war frostig. «Keine Giftküche vor 200000 Haustüren», verkündete ein Transparent, hinter welchem sich gegen 200 Menschen versammelt hatten: Soeben war die erste Anti-AKW-Demonstration über die Bühne gegangen.

In Leibstadt, nächster Station von Bonvin, wiederholten sich ähnliche Szenen: «Herr Bonvin, Sie vertreten hier nicht die Sache des Volkes, sondern die einer kapitalkräftigen Interessensgruppe. Wir sind von Ihnen enttäuscht», hiess es auf Leibstädter Transparenten.

Die Kaiseraugster, vorläufig noch Hauptträger des Protestes, waren endgültig aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht. Im Juni stimmten sie mit grossem Mehr gegen die Erteilung einer Baubewilligung – ein Entscheid, der natürlich umgehend wieder angefochten wurde. Mit für Schweizer Verhältnisse ganz ungewöhnlicher Geschwindigkeit nahm sich das Bundesgericht des Falles an – und entschied zugunsten der Motor Columbus und gegen die Gemeindeautonomie. Die Bürger hatten im AKW-Bau nichts mehr zu sagen.



Auch andere erwachten: Der Naturschutzverein Oberaargau reichte im September eine Petition mit 12000 Unterschriften ein – gegen das geplante **AKW Graben**. In der Ostschweiz wurde ebenfalls protestiert; wieder war es der Naturschutz, der Rekurs gegen das **AKW Rüthi** einreichte. Sein Standpunkt: es sei sinnlos, an der Peripherie ein Atomkraftwerk zu bauen, welches früher oder später noch zusätzliche Leitungskapazitäten erfordere, zudem würde die «Verschleuderung von Abwärme» unübersehbare Konsequenzen auf das Klima haben. Ähnlich wie in Leibstadt erhielten die Schweizer auch hier Unterstützung aus dem benachbarten Ausland. Ein Streik der Grenzgänger (rund 4500 Arbeiter) wurde im Voralbergischen beschlossen. 1972 war nicht zufällig der Anfangspunkt weitgreifender Proteste gegen die gigantischen Atompläne: «Grenzen des Wachstums» und die negativen Folgen des verschwenderischen Wirtschaftens waren zu einem Thema geworden. In dieses Umfeld stellte dann auch die «NZZ», die sich mit diesem unerklärlichen Phänomen, dem Protest gegen AKW, erstmals 1972 befasste, die negative Einstellung der betroffenen Bürger: «Die auf ökologischen Überlegungen beruhende Erkenntnis, dass sich ein Anhalten des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums im heutigen Tempo nicht nur auf die Natur, sondern auch auf die ganze Menschheit katastrophal auswirken könnte, liefert die scheinbare Legitimation, um künftig jedes grössere technische Projekt, insbesondere aber Kraftwerke, Flughäfen und Strassenbauten zu bekämpfen.... Diese Opposition ist ernst zu nehmen als Symptom eines begründeten Unbehagens.»

Bundesrat Tschudi jedoch schätzte die Situation anders ein. Bei der Eröffnung der «Nuclex 72» in Basel meinte er: «Die Opposition gegen Kernkraftwerke ist weitgehend einer ungenügenden Aufklärung der Öffentlichkeit zuzuschreiben», und gab gleichzeitig seiner landesväterischen Hoffnung Ausdruck, dass die Bevölkerung sich «einer offenen und objektiven Darlegung der Bedürfnisse unseres Landes, der physikalischen Vorgänge im Reaktor... und den Vorteilen der Kernenergie für die Umwelt» nicht verschliessen werde. Doch diese vielen Vorteile schienen der Bevölkerung nicht einzu-leuchten, trotz unermüdlicher Öffentlichkeitsarbeit der Atomwirtschaft.

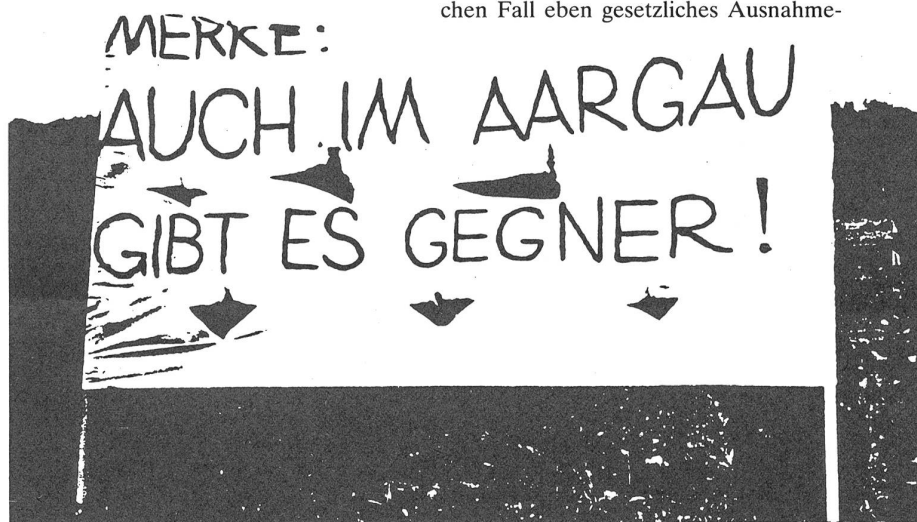
1973

Denn bereits im Januar 1973 wurde in Russin ein Komitee gegen das geplante **AKW Verbois** gebildet. Ebenfalls im Januar sammelten sich Hunderte von AKW-Gegnern in Schönenwerd.: 500 waren zu einer Veranstaltung im Kasino-saal erwartet worden, 700 kamen. Kommentar zu dieser Veranstaltung im «Ba-

der Tagblatt»: «Die AKW-Gegner in der ganzen Schweiz sammeln Gesinnungsfreunde und versuchen, der Bevölkerung aufzuzeigen, dass sie sich wehren können.»

In Olten demonstrierten 2000 gegen Gösgen, eine Petition mit 16000 Unterschriften wurde nach Bern geschickt. Zu spät jedoch: die Baubewilligung war bereits erteilt, die «Pro Niederämter», die sich im Frühjahr zusammengefunden hatten, gelangten vergeblich an Bonvin, der ihnen zu verstehen gab: «Ich rufe in Erinnerung, nicht der Bund will bauen, der Kanton und die Gesellschaften wollen.» Die Baumaschinen fuhrten auf – obwohl Beschwerden beim Verwaltungsgericht hängig waren und das Bundesgericht in Sachen Gösgen noch keinen Entscheid gefällt hatte. «Versteifte Opposition gegen die Kernkraftwerke», meldete im Juli die «NZZ» empört: der Rheinfelder Gemeinderat hatte in Erwägung gezogen, die beim Bundesgericht

mals Stellung zum AKW-Bau nehmen – was nicht den Tatsachen entsprach. Von «glatter Irreführung» sprachen denn auch die «Luzerner Neuesten Nachrichten». Und die neuen Uniformen, die die CKW der Inwiler Dorfmusik kurz vor der Abstimmung geschenkt hatte? Fragen tauchten auf, die das Vertrauen der Bevölkerung in das Vorgehen der Elektrizitätsunternehmen beeinträchtigten. Diese Abstimmung mobilisierte die Innerschweizer, eine «Bewegung gegen Atomkraftwerke» entstand, der «Verein für die Volksgesundheit» und die POCH Luzern schlossen sich dem Protest an. Auch die Vorkommnisse um Kaiseraugst im Juli 1973 dienten nicht unbedingt dazu, das Vertrauen der Bürger in Wirtschaft und Rechtsstaat zu festigen. Das Verwaltungsgericht Aarau hatte die 12 Beschwerden gegen Kaiseraugst abgelehnt mit der Begründung: «Da die Fragen des AKW-Baus gesetzlich nicht restlos geklärt sind, müsse man in einem solchen Fall eben gesetzliches Ausnahme-



hängige Beschwerde gegen Kaiseraugst an den Internationalen Gerichtshof weiterzuziehen.

Auch die Rheintaler wurden aktiv: «Solange Unsicherheiten... bestehen, ist es unsere Pflicht, vor allem im Interessen, kommender Generationen, den Bau solcher Werke mit allen Mitteln zu verhindern», hiess es in einer Resolution, die anlässlich einer Orientierungsversammlung von AKW-Gegnern verabschiedet wurde.

Nun regte sich auch der Widerstand im Luzernischen. Ein umstrittener Gemeindebeschluss wirbelte nicht nur in der Innerschweiz viel Staub auf: bei der Abstimmung zur Einzonung des AKW-Gebäudes in **Inwil** waren die Stimmbürger erst drei Tage vor dem Abstimmungstermin informiert worden – gleichzeitig mit den Abstimmungsunterlagen flatterte ihnen jedoch eine bunte Werbroschüre der Centralschweizerischen Kraftwerke ins Haus. Auch anderes war nicht ganz hieb- und stichfest bei dieser Abstimmung: man hatte den Inwilern vorgetäuscht, sie könnten später ja noch

recht geltend machen.» Damit gaben sich die AKW-Gegner nicht zufrieden: «Man kann doch ein Gesetz nicht willkürlich zurechtbiegen!» sagten sie sich und zogen die Beschwerde weiter. Sie erhofften sich damit nicht nur einen Zeitgewinn, sondern zählten auch auf die wachsende Opposition. «Dies ist keine abwegige Spekulation, wenn man die jüngsten Entwicklungen an andern A-Werk-standorten betrachtet», meinte Hans Schneider, Kaiseraugst-Gegner der ersten Stunde. Ein Aktionskomitee gegen A-Werke sei im entstehen, und Unterstützung erhielten sie zudem von Umweltschutzorganisationen, führte er in einem Gespräch weiter aus.

Diese Prognosen mochten die A-Werk-Erbauer nicht zu erschüttern: «Es sind ja in der ganzen Schweiz immer die gleichen Leute, die die Opposition schüren», meinte ein Sprecher der Motor Columbus, «Wir sind aber überzeugt, dass sich die Erkenntnis der Notwendigkeit der Atomenergie immer mehr durchsetzt und dass damit die Opposition erlahmen wird.»

Doch die AKW-Gegner sollten nicht so schnell aufgeben. Vor allem, da sie nun mit der Unterstützung der grossen Umweltverbände rechnen konnten. Im Juni 1973 nahm der WWF in einem Pressecommuniqué öffentlich Stellung gegen den Atomkraftwerkbau, und die Gegner warnten: «Im Herbst wird eine grosse Protestwelle einsetzen, und dann werden die Leute vom Energiewirtschaftsdepartement einmal so entlarvt dastehen, dass auch die Politiker einsehen, dass es so nicht weitergehen kann.»

Als das Bundesgericht die Kaiseraugster Beschwerden ablehnte, und der Gemeinderat von Kaiseraugst die Baubewilligung erteilen musste, urteilte zwar die «National-Zeitung» voreilig: «Tatsache ist, daran gibt es – so scheint es zumindest –, nichts mehr viel zu rütteln. Was werden die Kaiseraugster tun, wenn auf dem A-Werk-Gelände die ersten Bagger auffahren...? Müssen die Bauherren Polizeischutz gegen eventuelle Sabotageakte anfordern...? Nichts davon wird in Erfüllung gehen.

Die Kaiseraugster A-Werk-Gegner sind müde vom langen Kampf. Im Dorf hat sich Resignation breitgemacht.» Resignation, Ermüdung? Der Herbst sollte zeigen, dass dies nur eine kurze Atempause war.

Andernorts jedoch hatte sich Resignation breitgemacht: in Leibstadt. Mit Einschüchterungsversuchen und Steuerverprechen war die Bevölkerung weichgeklopft worden. Die Einzonung wurde gutgeheissen und den letzten Gegnern wurde die Sinnlosigkeit ihres Protestes solange unter die Nase gerieben, bis sie schliesslich aufgaben – für 3 Millionen. Denn die Elektrowatt hatte sich einen besonderen Deal ausgedacht: falls die Beschwerdeführer ihre Beschwerden zurückziehen, erhielten die Gemeinden um Leibstadt 3 Millionen Franken, für «Radwege und so». Die «Drei-Millionen-Story» verfiel: mürbe gemacht durch die erfolglosen Verhandlungen und im Glauben, das AKW komme so oder so, versuchten die Leibstadt-Opponenten nun, das beste aus der Niederlage herauszuholen – die Abfindungssumme. Resignation in der Anti-AKW-Szene? In Basel setzten sich junge Leute zusammen und gründeten die «Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst», die GAK. Ihre Beweggründe: mit anderen Taktiken vorgehen, sich nicht auf Beschwerden und Einsprachen beschränken, sondern mit direkten, gewaltfreien Aktionen protestieren und eine breite Basis des Widerstandes formen. Auch in Luzern wurde zur ungefähr gleichen Zeit eine neue Gruppe gebildet, die «Überparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke», die Ueba Luzern.

Was die GAK mit gewaltfreien Aktionen und mit neuen Taktiken meinte, zeigte sich in den Weihnachtstagen 1973: «Seit gestern morgen 9 Uhr ist das A-Werk-Gelände in Kaiseraugst besetzt», meldete am 27. Dezember die «National-

Zeitung»: «Etwa ein Dutzend junger Leute, Mitglieder einer Gruppe, die seit einiger Zeit den gewaltfreien Widerstand gegen das ungeliebte Kernkraftwerk vorbereitet, wollen fünf Tage lang zwischen den Profilstangen der Kühltürme diskutieren und übernachten.» Damit war also auch die erste Besetzung in der Anti-AKW-Geschichte über die Bühne gegangen, die Organisatoren nannten es zwar nur einen «Probeshock», aber es war die Probe vor dem grossen Auftritt. Denn man gab zu verstehen: Wir kommen wieder.

Eine neue Phase hatte ihren Anfang genommen: nach der Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel war man nun bereit, auch mit widerrechtlichen Mitteln (Besetzung) gegen die AKW vorzugehen. Und es zeigte sich, in diesen Weihnachtstagen auf dem Baugelände, dass es nicht nur linke «Stürmi» und «Chaoten» waren, die diesen Weg einschlagen wollten. Politiker, Ärzte, Lehrer schlossen sich der gewaltfreien Aktion an und immer breitere Bevölkerungsschichten sympathisierten mit der Widerstandsbewegung.

1974

Am 17. Januar stellte der CKW-Direktor an einer Informationsveranstaltung in Luzern fest, der «Oelschock» werde nun den Trend für den AKW-Bau um einiges beschleunigen und man werde sicher in etwa drei Jahren in Inwil mit dem Bau beginnen. Optimistisch gab sich auch die Motor Columbus zu Jahresbeginn. Den noch hängigen Beschwerden räumte man nicht die geringste Chance ein und prophezeite: «Es wäre ungeschickt, wenn in Kaiseraugst gewaltfreier Widerstand geleistet würde. Allerdings glauben wir nicht daran, dass wirklich einige tausend Leute nach Kaiseraugst kommen werden.»

Im Februar jedoch konnten die AKW-Gegner eine erste Runde für sich entscheiden: die Basler Bevölkerung lehnte mit grossem Mehr die Beteiligung am Atomkraftwerk Gösgen ab. «Wenn wir uns am AKW Gösgen beteiligen sollten», hatten die Gegner im Abstimmungskampf zu bedenken gegeben, «verlieren wir jegliche Legitimation, uns gegen die ungeheure Bedrohung unseres Lebensraumes zur-Wehr zu setzen.»

Das Nein aus Basel sollte Signalwirkung haben. Einerseits gab es den inzwischen resignierten Niederämtern, die vom «Establisment» zur Hilflosigkeit verurteilt waren, neuen Auftrieb, zum andern nahm man an, dieses Nein zu Gösgen werde ganz sicher auf Kaiseraugst seine Auswirkungen haben.

Im März rückte Verbois wieder in die Schlagzeilen. Genf hatte grünes Licht für den A-Werk-Bau gegeben, umgehend sammelten Gegner 25 000 Unterschriften und 253 Ärzte des Kantons sprachen sich

gegen das Projekt aus.

Doch Hauptschauplatz in der Anti-AKW-Bewegung blieb nach wie vor Kaiseraugst. Die GAK hatte eine «Frühlingsoffensive» gestartet und in harter Basisarbeit in den umliegenden Gemeinden Leute und Gruppen gefunden, die den Widerstand stützten.



Anfang April reifte der Plan eines Ostermarsches, anlehnend an die Tradition der Friedensmärsche. Am 16. April tönnte es jedoch recht hämisch aus der Presse: «Resignation von Olten bis Kaiseraugst.» Vergleiche mit dem Fähnchen der Sieben Aufrechten wurden gezogen und die Marschierer lächerlich gemacht. «Wir wünschen den Wanderern gutes Schuhwerk, schönes Wetter und überzeugende Argumente», hatte das atomfreundliche «Aargauer Tagblatt» vor Ostern gespöttelt, «in ihrem verspäteten und damit längst verlorenen Kampf gegen Kernkraftwerke.» Nun, der Ostermarsch 1974 war tatsächlich nicht so ein Erfolg, nur gerade ein paar Handvoll Leute hatten sich auf den Marsch von Olten nach Kaiseraugst gemacht –, aber aller Anfang ist schwer. Als Hansjörg Weder an der Schlussveranstaltung in Kaiseraugst vor ca. 60 Leuten sagte, «vorläufig informieren wir nur. Aber im entscheidenden Moment werden wir hier auf dem Bauplatz aufmarschieren!» sollte er recht behalten und nicht die Spötter, die die ganze Bewegung schon zusammenfallen sahen wie ein müdes Fähnchen der letzten Aufrechten.



Denn bereits im Herbst 1974 tön­te es ganz anders: «Waren es am Anfang nur das unverzagte Fähnlein der Sieben Aufrechten gewesen, «sinnierte am 25. September Fred Müller in der «National-Zeitung», «wird heute der Widerstand gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst von einer breiten Basis getragen.»

Ende September sollte eine Kundgebung in Kaiseraugst durchgeführt werden. Nun sprach niemand mehr von den «paar Unverzagten», sondern musste feststellen: «Wenn sich AKW-Gegner aus dem In- und Ausland am nächsten Sonntag auf dem Baugelände in Kaiseraugst treffen, können sie mit Recht beachtliche Verdienste für sich reklamieren: Ihr Widerstand wird nun auch von etablierten Organisationen und von den Behörden ernst genommen, die Bevölkerung ist ... hellhörig geworden.» («National-Zeitung».)

Der Wind hatte gedreht: die Wachstumsprognosen zeigten die ersten Knicke, auf den Oelschock war der Rezessionschock gefolgt, beim AKW-Bau zeigten sich personelle und finanzielle Engpässe – und selbst versierte Wirtschaftsfachleute begannen zu zweifeln, ob sich in den nächsten drei Jahren drei AKW finanzieren lassen würden.

Angestellte und Beamte.»

«Hier beginnt sich in einer Schicht der Bevölkerung Widerstand zu regen, die bis anhin als lammfrommes Wahlvolk die bestehende Ordnung in unserem Land gestützt und erhalten hat», gab ein Kommentator in der «National-Zeitung» zu bedenken, und er trug diese Bedenken gleich weiter an die Adresse der Politiker: «Wenn es nicht gelingt, die berechtigten Zweifel dieser Menschen an der Redlichkeit der Oberen in Politik und Wirtschaft auszuräumen, wäre eine weitere Vertiefung des Vertrauensgrabens zwischen Regierenden und Regierten unausweichlich.»

Der Wind hatte gedreht: nicht mehr Sorge um die Flüsse und Angst vor Strahlenbelastung setzten die Hauptakzente, sondern Kritik am undemokratischen und undurchsichtigen Vorgehen der Atomwirtschaft, zu dem die Regierung bereitwillig Hand zu bieten schien. Und darauf reagierten viele Schweizer sehr empfindlich.

Der Wind hatte sich gedreht: unter dem Druck des Widerstandes gegen AKW und angesichts der wirtschaftlichen Rezession setzte der Bundesrat Ende 1974 eine Energiekommission ein, die langfristige Bedarfsprognosen erarbeiten

1975

zeigte, dass sich der Graben, von dem der Basler Kommentator gesprochen hatte, tatsächlich vertiefte. Denn 1975 fanden die grössten und heftigsten Auseinandersetzungen um Atomenergie statt, die unser Land bis anhin gesehen hatte. Und in verschiedenen Kantonen (Basel-Stadt, Schaffhausen, St. Gallen, Luzern, Neuenburg und Zürich) liefen Unterschriftensammlungen für kantonale Atomschutz-Initiativen: die Bevölkerung wollte ein Mitspracherecht beim Bau der ungeliebten Grossprojekte.

Dann, am 11. März, wurde die letzte Einsprache gegen das AKW Kaiseraugst abgewiesen – ein paar Tage später fuhren die Bagger aufs Baugelände. Dem zügigen Fortschreiten der Arbeiten schien nichts mehr im Wege zu stehen, die Erbauer in spe gaben sich optimistisch: «Trotz der erklärten Besetzungsabsichten der GAK», meinte blauäugig Motor Columbus-Vertreter und späterer Kaiseraugst Direktor Ulrich Fischer, «glaube ich nicht, dass in Kaiseraugst das gleiche passiert wie in Wyhl, dass sich Demonstranten und die Polizei in die Haare geraten und dass die Bauarbeiten vorläufig eingestellt werden müssen.» Sein Glaube sollte sich als so stichfest erweisen wie die Energieverbrauchsprognose der Elektrizitätswirtschaft...

«Wenn es bei ihnen losgeht, geht es auch bei uns los», hatten die A-Werk-Gegner kurz zuvor versprochen, als sie in Liestal die 8193 Unterschriften schwere Initiative gegen Atomkraftwerke eingereicht hatten. Und es ging los: Am Dienstag, dem 1. April, besammelten sich kurz nach Tagesanbruch rund 200 Leute auf dem Baugelände, um 8 Uhr waren es fast 500. Man richtete sich häuslich ein, stellte Zelte auf, baute Kochecken und Informationsstände. Die Bauherren verhielten sich erstmals abwartend, man wollte sehen, wie die Aargauer Regierung reagieren würde.

Aus den Erinnerungen des damaligen Aargauer Landammans Bruno Hunziker: «Die Kantonsregierung traf sich in einer dringlichen Sitzung und diskutierte über die Opportunität einer polizeilichen Räumungsaktion... Der Grundsatz war allgemein akzeptiert, die Eigentümerin des Geländes, die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG, habe ein Anrecht auf Räumung. Man stellt jedoch fest, dass die Aargauer Polizei nicht ausreichen würde, und nahm deshalb Kontakt zu andern Kantonen auf, um Hilfe anzufordern... Doch dann nahmen die Besetzer Gespräche mit dem Bundesrat auf, dadurch wurde unsere Stellung fürs Eingreifen schwieriger... Ich muss auch sagen, dass die übrigen Kantone eine geteilte Haltung eingenommen haben... Es vergingen zwei, drei Wochen, ohne dass



Der Wind hatte gedreht: nicht nur ein paar dutzend oder hundert Demonstranten gingen für ihre Sachen auf die Strasse, es waren 6000, die Ende September auf dem Baugelände eindrücklich kundtaten: diesen Bau wollen wir nicht. Nicht mehr hämische Worte über Resignation und müde Kämpfer, sondern Erstaunen über die Grösse der Bewegung füllten die Zeitungsspalten nach dieser Demonstration: Erstaunen darüber, dass nicht nur die «Neue Linke» den Widerstand trug, sondern «etablierte – aber zornige – Familienväter, Hausfrauen,

sollte. Präsident dieser Kommission: Michael Kohn, Motor Columbus. Die Umweltorganisationen protestierten gegen die einseitige, in erster Linie die Energiewirtschaft berücksichtigende Zusammensetzung dieser Energiekommission und erhielten einige Alibipöstchen. Es ging, und das wurde zunehmend klarer, nicht um Bedarfs-, sondern um Verkaufsprognosen, die den Bau weiterer Atomkraftwerke um jeden Preis rechtfertigen sollten. Man wollte den Gegnern mit schönen Kurven den Wind aus den Segeln nehmen.



die Polizei eingriff. Rückblickend muss ich schon sagen – und das war schon damals meine erklärte Meinung –, dass das falsch war; wir hätten als Aargauer rasch eingreifen müssen.» («Politik von unten», Lenos-Verlag, S. 241/2.) Die Besetzer richteten sich häuslich ein, der schlimmste Feind in den ersten Tagen der Besetzung waren weder Polizei noch Bauarbeiter, sondern die Grippe: es war bitterkalt. Am ersten Sonntag der Besetzung dann ein Höhepunkt: 16000 Demonstranten zogen aufs Baugelände und solidarisierten sich mit den Besetzern. Auch Delegationen aus dem Ausland waren dabei, und als am Nachmittag ein Sprecher der Gewaltfreien Aktion gegen das AKW Wyhl erklärte, «nicht etwa aus Freude am Zelten» geschehe es, wenn am Oberrhein Kraftwerkbauplätze besetzt werden, und hinzufügte: «Nun zieht der Widerstand immer weiter Kreise, denn die Kettenreaktion der Vernunft hat begonnen!» stimmten ihm Tausende zu. Die Besetzeraktion wurde in der Presse gehörig kommentiert – zum Leidwesen der A-Werkbauer, die sich solche Publizität nicht wünschten, denn nun wurden im ganzen Land Unterstützungsgruppen gebildet und Geld für die Besetzer gesammelt. Die Besetzung dauerte an. Inzwischen jedoch, unter dem Druck von aussen – AKW-Gegner wurden persönlich angegriffen, die Aargauer Zeitungen schürten eine bössartige Hetzkampagne –, erhöhte sich die Spannung innerhalb der Bewegung: sie umfasste ein sehr breites Spektrum von ganz links bis ganz rechts, über das Vorgehen herrschten zum Teil unterschiedliche Vorstellungen. In Vollversammlungen – man praktizierte Basisdemokratie – wurden alle Entscheide endlos diskutiert, nach aussen aber zeigte man sich einig: «Es gibt

keine Spannungen», versicherte ein Sprecher: «im Gegenteil, es bilden sich Freundschaften über herkömmliche politische Gräben hinweg. Und vor dieser Allianz haben unsere Gegner Angst.» Am 26. April, die Besetzung dauerte nun schon fast einen Monat, demonstrierten 18000 in Bern. «Kaiseraugst: der Rechtsstaat frisst seine Kinder» war auf einem Transparent zu lesen und in einer Resolution wurde der Baustopp für Kaiseraugst gefordert. Die erste nationale Anti-AKW-Demonstration war über den Bundesplatz gegangen, und zum erstenmal zeigte sich auch eine etablierte Partei solidarisch: die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hatte beschlossen, die Forderungen der GAK zu unterstützen. Kein leichter Bissen für den Vorsteher des Energiedepartements, den SP-Bundesrat Willi Ritschard. Inzwischen hatte ein Briefwechsel Besetzer – Bundesrat begonnen, man erklärte sich verhandlungsbereit, auch von der Gegenseite: «Der Bundesrat bestätigt seine Bereitschaft, mit Delegationen der «Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst» und des «Nordwestschweizerischen Komitees gegen Atomkraftwerke» Gespräche zu führen, unter der Voraussetzung, dass die Besetzung definitiv und bedingungslos abgebrochen und das Gelände geräumt wird.» (Aus der Antwort des Bundesrates.) Verhandeln oder nicht? Hier schieden sich die Geister. Die «Gemässigten», Vertreter der GAK und des NWA, und die «Fortschrittlichen», vor allem Vertreter linker Gruppen, waren sich über die weitere Taktik nicht einig: «Die Diskussionen und das Pro und Contra der Räumung waren von falschen Alternativen beherrscht: Verhandlung oder direkte Aktion; blindes Vertrauen in die Behörden oder grenzenloses Misstrauen gegenüber dem Staat; gemässigt

oder links?» (Schröten: «z. B. Kaiseraugst») Am 11. Juni einigten sich die Besetzer auf Räumung und Verhandlung. Kurz darauf zeigte sich die Wirkung der verschiedenen Strömungen: der «linke» Flügel gründete die «Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Kaiseraugst», GAGAK, die «Gemässigten», in GAK und NWA aufgehoben, distanzieren sich. Inzwischen hatte sich aus den Reihen der Gemässigten ein Komitee für eine nationale Atomschutzinitiative gebildet, bereits im Sommer begann man mit der Unterschriftensammlung. Die «Linken» hingegen sammelten Unterschriften für eine Petition, die ein vierjähriges Moratorium zum Inhalt hatte. Die Spaltung vertiefte sich im Laufe des Jahres und bot vor allem der Presse reichlich Nahrung, um die Bewegung anzugreifen, tozuzagen oder gegeneinander auszuspielen. Eine Schlagzeile im Herbst: «GAGAK provoziert wieder eine Kollision», als eine erneute symbolische Besetzung vorgeschlagen wurde. GAK und NWA gingen auf Distanz: «Eine erneute Besetzung in der jetzigen Situation gefährdet entschieden die Lösung der hängigen Probleme um das AKW Kaiseraugst und führt zu einer Konfrontation, die unsere langjährige Arbeit zunichte macht.» Und Alexander Euler warnte: «Im jetzigen Moment kann eine derartige Aktion nur schaden. Es wird einmal so ausssehen, als ob nur eine Minderheit wieder querschlagen möchte.» Und am 2. Dezember stellte die «National-Zeitung» fest: «A-Werk-Gegner total zerstritten.» Trotzdem: die Unterschriftensammlung für die eidgenössische Initiative lief, und das erfolgreich. In Rütli war ein Pluspunkt zu verbuchen: das AKW werde zurückgestellt, man wolle keine Kraftwerke auf Vorrat bauen, hiess es.

Weniger optimistisch hingegen die Lage für die Leibstadt-Gegner: am 19. Dezember wurde eine Teilbaubewilligung erteilt. Die GAK protestierte: «Eine vorzeitige Bewilligung ohne die Abklärung aller offenen Fragen – insbesondere Strombedarf, Atomüll, Meteorologie, demokratischer Volksentscheid – vertieft nur die Skepsis der Bevölkerung gegenüber Verhandlungen und den Bundesbehörden.» Der Kaiseraugster Widerstand hatte wie ein Signal gewirkt: in Bern wurden im Frühling die «Gewaltfreie Aktion Graben (GAG)», etwas später die «Gewaltfreie Aktion Bern (GAB)» und in Inwil wurde die «Gewaltfreie Aktion Inwil» gegründet, alle nach dem Vorbild der GAK und mit ungefähr den gleichen Zielen. 1975 ging zu Ende: ein ereignisreiches Jahr mit grossen Kundgebungen, der Besetzung, der Lancierung einer Initiative, einer Petition – und der Spaltung der Bewegung in «Gemässigte» und «Fortschrittliche». Inzwischen begannen auch die Wachstumskurven zu wanken und bremsen ihren vorausgesagten Höhenflug. Von der Energiekrise, wie Bonvin und andere sie bereits für diesen Winter vorausgesagt hatte, war nichts zu spüren. Man lebte weiter – und protestierte weiter.

1976
Eine Anti-AKW-Veranstaltung in Luzern Anfang Jahr zeigte auf, wie breit die Koalition der AKW-Gegner (trotz Spaltung) war: nicht nur figurierten die «Ueba Luzern» und die «Gewaltfreie Aktion Inwil» bei der Organisation dieses Anlasses, mitgetragen wurde er auch vom «Verein für Volksgesundheit», dem WWF und der Arbeitsgemeinschaft «Mensch und Umwelt», Zug: Der ge-

meinsame Nenner: Unbehagen mit der immer noch hochgehaltenen Wachstumsphilosophie (mehr Güter, mehr Strassen, mehr Energie) und Besorgnis um Mensch und Umwelt. Ende Januar dann die erste Demonstration des Jahres: 3000 gingen in Gösgen, wo der Kühlturm bereits gen Himmel wuchs, auf die Strasse. Der grosse Polizeiaufmarsch liess ahnen: man wollte gewappnet sein, ein zweites Kaiseraugst konnte man sich nicht mehr leisten. Doch die Gösger Bauherren blieben auch von den 3000 unbeindruckt: «Wir glauben nach wie vor, dass die Mehrheit der Niederämter Bevölkerung dem A-Werk gegenüber positiv gegenübersteht», meinte etwa Ernst Trümpy, Direktionspräsident der ATEL, und: «Wir befürchten keine Ausweitung des Widerstandes.» Meinungsumfragen widersprachen dem zwar, und bereits waren 100000 Unterschriften für die Atomschutz-Initiative zusammengekommen. Im Frühling forderte die Überparteiliche Bewegung Aargau/Solothurn den Bundesrat auf, Expertenhearings um Gösgen durchzuführen, man wünschte eine «umfassende Information des Schweizervolkes.» Dieser Forderung gab es kaum etwas entgegenzusetzen. Am 20. Mai wurde die Atomschutz-Initiative mit 125030 Unterschriften eingereicht, die Sammlung hatte viele Schweizerinnen mit diesem Thema zum ersten Mal in Berührung gebracht, weite Kreise beschäftigten sich intensiver mit der Atomüll-Problematik. Als wirksamster Werbeträger für den AKW-Protest sollte sich jedoch die Nagra erweisen, die im Laufe des Jahres ihr Bohrprogramm veröffentlichte. Dies kam bei den betroffenen Regionen nicht gut an und der Widerstand wurde in die entlegensten Winkel der Schweiz getragen, dorthin, wo

das «Iammfromme Stimmvolk» zu Hause war. «Protest im Fricktal» hiess es, oder: «Atom-Müll: ungelöst!» Ein Gedicht des Innerschweizer Mundartdichters Julian Dillier sorgte für Schlagzeilen:

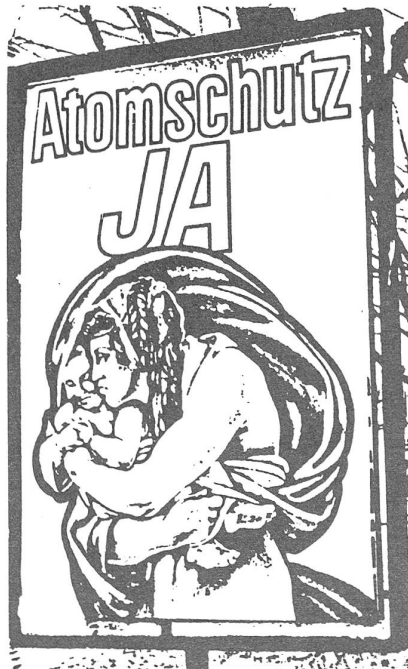
Betruf 1976
Von Julian Dillier
Zuä grabä, zuä grabä,
am Atom z lieb wemmer grabä,
zuä grabä, zuä grabä,
am Gald z lieb wemmer grabä,
zuä grabä, zuä grabä,
de Herrä z lieb wemmer grabä!
Angsch und Noos,
Gysel und Atomabfall
weld ab jetz uf diser Alp in lieb
Herberg haitä und is Nutz und
Gmeinwool erhaltä.
Das isch es Wort und d Herrä
wissid das wol.
Häi und um disi Alp
da gaid e göldigä Ring,
dinn sitid der Profit, das
härzalerliäbschti Chind,
Häi und um disi Alp um
gaid e göldigä Thron
us luter unbrichbarem Atom
und isch mit tuisig Gfaarä übergossa.
Häi und um disi Alp
gaid e dräckigä Grabä,
dinn sitid dri gpassigi Knabä,
der ersch ich der Profit,
der zwid d Machd und der dritt isch
d Ricksichtslosigkeit
Und diä wend ys vor Ungfellig und
Schaddä biwaarä.
AVE, AVE NAGRIA!

Nun bildeten sich verschiedene Anti-Nagra Gruppen, die den Protest aufnahmen. Grössere Kundgebungen gab es 1976 eigentlich nicht, kleinere in Graben und Genf, Basel, Kaiseraugst und Reuenthal (gegen Leibstadt). Doch für die Atommanager war es kein Jahr zum Aufatmen: die Stromverbrauchskurven wollten nicht so recht den Prognosen entsprechen. Nicht die Gegner, die Rezession setzte ihnen zu. «Dass die Nuklear-Industrie sich in einer ernstesten Absatzkrise befindet, darüber,» so ein Berichterstatter zu einer Atom-Tagung, «konnte man sich freilich schon gar nicht streiten, dies ist inzwischen augenfällig geworden.»

1977

Während man von einer Krise der Atomwirtschaft sprach, sah der Beginn von 1977 einen neuen Aufschwung der Anti-AKW-Bewegung. Die Spaltung gab zwar Anlass zu Missständen und Missverständnissen, aber der Protest wurde weitergetragen, wie es eine eindrückliche Demonstration am Neujahrstag manifestierte. Die beharrlichen Vorstösse, Verhandlungen, Beschwerden und Einsprachen trugen erste Früchte: Die Atomgesetzrevision wurde in Angriff genommen und ein Bedarfsnachweis im Bewilligungsverfahren sowie die Lösung des Atommüllproblems als Voraussetzung vorgeschlagen. Gar nicht befreundeten mit dieser Idee konnte sich die Atomwirtschaft. NOK-Direktor Issler übte Kritik und Selbstbescheidung: «Die Projektanten eines neuen Kernkraftwerkes haben das eigene grösste Interesse, die Entwicklung des künftigen Bedarfs in Hinblick auf die ausserordentliche Höhe der Investitionen sorgfältig zu prüfen.» Die Werke seien doch bisher mit der nötigen Umsicht (!) vorgegangen und das Parlament werde kaum in der Lage sein, die Entwicklung des Elektrizitätsbedarfes in einem Zeitraum von zehn Jahren fachkundig abzuklären. Weshalb denn diese Angst vor dem Bedarfsnachweis?

Die kritischen Stimmen am gängigen Bewilligungsverfahren häuften sich; Fragen wurden gestellt: wie kam es, dass bereits umfangreiche Bestellungen für die AKW Kaiseraugst und Graben gemacht wurden, obschon die Baubewilligungen noch nicht vorlagen? Wohin mit dem Atommüll? Wohin mit dem Überschussstrom? (1977: anderthalbmal die Produktion von Mühleberg, Beznau I und II). Zu viele ungelöste Fragen, zu viele Ungeheimheiten im ganzen Vorgehen der Atomwirtschaft: das Misstrauen der Bevölkerung wuchs. Im April wurde dies bestätigt: eine Umfrage ergab, dass 49 Prozent der Schweizer die Atomenergie ablehnen oder ihr skeptisch gegenüberstehen. Im ganzen Land hatten sich inzwischen Bürgerinitiativen, Anti-AKW-Gruppen und Komitees gebildet.



An Pfingsten 1977 wieder Schlagzeilen: «Tausende marschieren gegen AKW!» 5000 Leute waren drei Tage unterwegs von Kaiseraugst über Schwörstadt den Wabrig (Nagra-Bohrort) und Leibstadt nach Gösgen, 12000 Menschen nahmen an der Schlusskundgebung teil. Für einmal erhielt dieser Anti-AKW-Grossanlass von der Presse gute Noten (mit einigen Ausnahmen: den Aargauer Blättern). «Dank der umfassenden Planung der unabhängigen Vereinigung von Umweltschützern und Atomkraftwerkgegnern, dank den disziplinierten Marschteilnehmern und dem Fehlen radikaler Elemente und dank dem helfenden Arm der Polizei, wurde die Kundgebung zu einer unvergesslichen Demonstration mit internationalen Dimensionen», hiess die Streicheleinheit der «Basler Zeitung», die «NZZ» lobte die «Besonnenheit» der Veranstalter, die sich gegen die von Extremisten vorgebrachten Besetzungsabsichten durchgesetzt hätten, und die «LNN» kommentierte: «Die Veranstaltung wirkte jetzt – am Pfingstmontag – sehr ernst. Keine Pfadfinderübung mehr, wie manchmal in den vergangenen Tagen, sondern Zeichen für den Willen, künstlich erzeugte Sachzwänge nicht mehr resignierend zu akzeptieren.

«Demokratie heisst Herrschaft des Volkes... schön wär's», sagt der Schriftsteller Otto F. Walter. Und: «Die Bevölkerung entzieht dem bürgerlichen Parlament, das im Dienste der A-Werk-Lobby steht, heute sein Vertrauen. Der Pfingstmontag 1977 ist ein historischer Tag.»

An dieser Kundgebung wurde das «Schweizerische Aktionskomitee gegen das AKW Gösgen» gegründet, das SAG. Und an dieser Kundgebung, an der gefordert wurde, Gösgen dürfe nicht in Betrieb genommen werden, schworen sich viele: wir kommen wieder.

Das Frühjahr 1977 hatte noch einen zweiten Erfolg der AKW-Gegner zu verbuchen: in Basel wurde die kantonale Atomschutz-Initiative mit grossem Mehr angenommen. Eine Entscheidung, die Signalwirkung haben sollte; ein psychologischer Sieg, meinten viele, die nicht so recht an den wirklichen Nutzen glauben wollten: wie konnten sich die Kantone wehren, wenn sie kein Mitspracherecht hatten?

Doch dann kam die zweite Gösgener Kundgebung des Jahres 1977. «Gösgen, das war brutal!», titelte «Blick», «Knüppel, Gas und Wasserwerfer: die grosse Schlacht um Gösgen», die «Tat». «Das wirkt radikalisiert» analysierte korrekt die «Basler AZ».

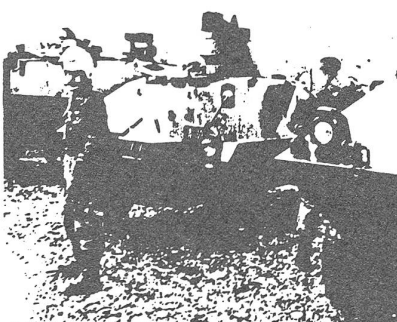
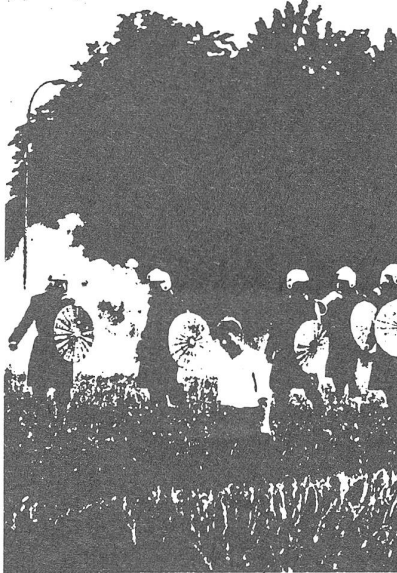
Kurzfassung aus der «Tat», was an diesem 25. Juni geschah: «Das hatten die Schweizer A-Werk-Gegner nicht erwartet: Brutal schlugen am Samstagnachmittag rund 950 Polizisten aus der ganzen Schweiz die geplante Besetzung der Zufahrtswege zum Atomkraftwerk Gösgen nieder. Die 3000 Demonstranten, die von der Friedenskirche in Olten auf den

Atommeiler zumarschierten, wollten damit einen sofortigen Baustopp erreichen. Doch das massive Polizeiaufgebot machte den sehr disziplinierten Marsch der Gegner auf Gösgen zur Schlacht. Zweimal rückten die Uniformierten geschlossen vor, setzten Tränengas und Wasserwerfer ein, hetzten scharfe Hunde auf die Leute. Sogar Frauen und Kinder bekamen Prügel ab. Geschockt durch den aggressiven Einsatz zogen sich die A-Werk-Gegner zurück. Doch aufgeben wollten sie nicht.»

Wo war die «Besonnenheit», der lobend erwähnte «helfende Arm der Polizei» geblieben? Die «NZZ» sprach von einer «Gösgener Provokation», nannte den Anspruch der Besetzer, im Namen der betroffenen Bevölkerung zu handeln, «noch fadenscheiniger und anmassender, als am Anfang» und bezeichnete die Haltung der Polizei als «angemessen». Und das «Badener Tagblatt» fand für den brutalen Polizeieinsatz lobende Worte: Die interkantonale Polizeimacht habe sich «korrekt, ja sogar zurückhaltend (!) verhalten», Gösgen habe nun gezeigt, dass «sich auch bei uns Recht und Gesetz nicht auf die Dauer mit Füßen treten lassen.» In einem waren sich die meisten jedoch einig: Büssen für diese Schlacht um Gösgen würden alle, das harte Vorgehen der Polizei würde das politische Klima verschlechtern und Feindbilder schaffen. «Erinnerungen an den Globus-Krawall 1968 werden wach. An eine Law-and-Order-Mentalität, die viele für überwunden hielten», warnte die «Tat».

Die Kriegsszenen im Niederamt sollten sich am folgenden Wochenende wiederholen. «6000 Besetzer und abends Tränengas», schrieb «Blick» am 3. Juli. 6000 Besetzer waren an diesem heissen Samstag mit Zelt und Schlafsack, Gasmasken und Taucherbrillen (man wollte gewappnet sein) ausgerüstet nach Gösgen gefahren, um die Zufahrtswege bei Dulliken, Däniken und beim PTT-Zentrum zu besetzen. Was vorerst recht friedlich begann, artete in den Abendstunden zur Tränengasschlacht aus.» Nicht nur die Demonstranten, auch die Zuschauer bekamen ihren Teil ab – «Dieselben Leute, die kurz zuvor die Polizei angespornt hatten, endlich gegen die Besetzer vorzugehen, änderten nach den ersten Tränengasschwaden ihre Meinung und piffen die Ordnungshüter aus. «Tränengas wirkt eben aufklärend», kommentierte ein Besetzer trocken («TA», 5. 7. 77). – Und spät am Abend ging es nur haarscharf an einer Katastrophe vorbei: Die Polizei trieb die Demonstranten über die Bahngelise beim Däniker Bahnhof – wo nur Sekunden später zwei Schnellzüge durchbrausten.

Wieder teilte sich die Presse in Lob und Tadel, während die einen von waffenstarrten Demonstranten, von Molotowcocktails und Wurfgeschossen sprachen und durch den Polizeieinsatz den



«Rechtsstaat gerettet» sahen, meinten andere, der harte Polizeieinsatz helfe letztlich nur den A-Werk-Gegnern, die sich unter der Bevölkerung Sympathien – gegen die Polizei – geholt hatten und forderten die Behörden auf, die Anliegen der A-Werk-Gegner endlich ernst zu nehmen.

Nach dieser Schlacht um Gösgen, die noch einige Nachspiele hatte – Verhandlungen, Auseinandersetzungen um das verwendete Tränengas, Verhärtung des politischen Klimas –, zog wieder Ruhe ein im Niederamt: Man hatte erkannt, dass Gösgen nicht mehr zu stoppen war. Einige unverzagte A-Werk-Gegner richteten sich in einem Bauernhaus für den Sommer ein, halfen den Bauern bei der Ernte und verteilten weiterhin Flugblätter. Es war ihnen, «dank» dem brutalen Einsatz der Polizei, tatsächlich gelungen, einiges Verständnis zu wecken.

Inzwischen wurde im Oberaargau gerüstet: für das **Grabenfest**. «Opposition gegen Kernkraftwerke wird zur Bewegung», kommentierte der «Tages-Anzeiger», «die A-Werk-Gegner in der Schweiz beginnen einen eigenen Stil zu entwickeln: Nach den Pfingstmärschen und der gewaltfreien Demonstration in Gösgen planen sie nun ein Fest.» Weshalb ein Fest – wo die Sache doch so ernst war? «Wir sind im Oberaargau», lautete die Antwort, «noch in der Phase der Meinungsbildung und müssen mit allen Mitteln versuchen, die Bevölkerung zu informieren und zur aktiven Opposition zu motivieren. Wir wollen mit dem Grabenfest eine Vertrauensbasis schaffen zwischen der Bevölkerung und den AKW-Gegnergruppen.» Das Fest wurde zum Grosseerfolg – trotz der unermüdlchen Bemühungen der Behörden, dieses Fest zu verhindern oder seine Durchführung zu erschweren, ja, sie scheuten nicht davor zurück, die Bevölkerung vor dem Fest zu warnen: es werde Prügeleien geben.

Doch es wurde nicht nur demonstriert und gefest, es wurde vor allem auch politisch gearbeitet, und die A-Werk-Gegner liessen keine Gelegenheit ungenutzt, auf Mängel und Unklarheiten im A-Werkbau-Bewilligungsverfahren hinzuweisen.

Daran fehlte es nicht: In einem Dossier wurde den Behörden vorgeworfen, noch und noch Verfahrensfehler begangen zu haben. «Wer das ... Dossier angeblicher Rechtsbrüche beim AKW-Bau studiert, kann sich der Betroffenheit nicht erwehren», anerkannte Peter Stöckling im «Tages-Anzeiger», doch: «Der Kraftwerkbau schreitet munter fort, ohne dass die angeschnittenen Rechts- und Tatfragen erledigt wären. Die provokativ argumentierenden Leute der «Dezentrale» bemängeln, dass bei jedem Demonstrationen der Rechtsstaat beschworen werde, während man sich im eigentlichen Rechtsverfahren wenig um ihn schere. Der Vorwurf wiegt schwer... Das kalte

Grausen fasst einen an ob der rechtlichen, staatspolitischen und finanziellen Auseinandersetzungen, die sich da abzeichnen beginnen.»

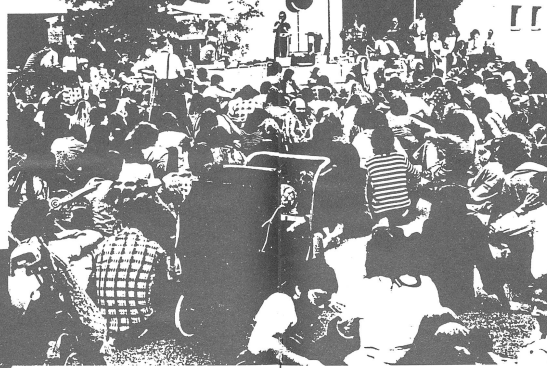
Das Vertrauen würde auch durch andere Ereignisse angeschlagen: «So verschaukelte uns die Energiewirtschaft: Ist das die Marschrichtung?» fragte am 24. August die «Basler AZ», die ein ihnen zugespieltes Protokoll über eine Sitzung zwischen Vertretern der Elektrizitätswirtschaft und dem Energiewirtschaftsdepartement veröffentlichte. Thema dieses Gesprächs: wie das nach wie vor ungelöste Atommüllproblem entschärft und der Bevölkerung weisgemacht werden könnte, es sei lösbar.

Blanker Zynismus drückte, angesichts dieser Ausgangslagen, ein Kommentar der «Weltwoche» zu einer Atomtagung aus: «Dem Stimmbürger verbleibt: Vertrauen zu haben in das Vertrauen der Bundesversammlung und ihre politische Entscheide in Sachen Atomkraftwerke.» Vertrauen zu schaffen, suchte in dieser Zeit auch die Atomwirtschaft, die die Ursache des Widerstandes an einem andern Ort lokalisierte. SVA-Direktor Winkler: «Das grösste Problem ist die Überinformation des Bürgers. Fatalerweise müssen wir uns damit abfinden, dass ein grosser Teil der Öffentlichkeit die Wahrheit über die Kernenergie nicht glaubt, ja, dass sich die öffentliche Meinung bezüglich der Kernenergie sogar noch weiter verschlechtert.»

Weshalb wohl? Eine klare Sprache führte ein Transparent, welches an einer Grosskundgebung in Bern mitgetragen wurde: «Alle Schweizer sind vor dem Gesetz gleich. Die Elektrizitätswerke sind gleicher.» Im Herbst kehrte wieder «Ruhe» ein; verschiedene Gruppen lösten sich auf – machte sich Resignation breit? Im Oktober dann plötzlich ganz neue Töne aus dem Energiewirtschaftsdepartement. An der Sants-Tagung des St. Galler Landesringes verkündigte der zukünftige Energiedirektor Kiener: «In der Kommission für Gesamtenergiekonzeption macht man zurzeit einen gewaltigen Lernprozess durch. Man kommt mit den Prognosen über den Gesamtenergieverbrauch in der Schweiz immer weiter herunter.» Was SES-Präsident Franz Jäger zur Zwischenbemerkung veranlasste: «Als wir vor vier Jahren... das gleiche behaupteten wie jetzt die GEK, da wurden wir von Bern gerüffelt.» Für die grösste Überraschung aber sorgte die Ankündigung: «Vorläufig keine neuen Atomkraftwerke.» Diese Worte wurden zwar in der Anti-AKW-Szene mit Vorsicht aufgenommen: «Das Dementi wird kaum lange auf sich warten lassen!» Und auch dem Versprechen, im neuen Atomgesetz eine Bedürfnisklausel aufzunehmen, wurde nicht ganz getraut: «Ungeklärt ist heute noch, wer dieses Bedürfnis ermitteln wird und nach welchen Prinzipien.» In Basel auf jeden Fall herrschte

die Meinung vor, die Anti-AKW-Bewegung sei noch keinesfalls überflüssig. Im Dezember kam es zu einem ersten gewalttätigen Anschlag – was die Presse erneut zum Anlass nahm, die Bewegung zu kriminalisieren und ihre Schwachstellen – Spaltung in «Fortschrittliche» und «Gemässigte» – weidlich auszuschlachten. Krise, Resignation? Für 1978 kündigte die GAK und das NWA eine 12-Monate-Aktion an, und Hugo Stamm würdigte im «Tages-Anzeiger» Ende Jahr die Erfolge der Bewegung: «Dank der Initiative des Aktionskomitees stehen wir... heute dort, wo wir vor 15 Jahren hätten beginnen sollen. Da wir in unserer vielgepriesenen Demokratie zwar über jede Randsteinversetzung, nicht aber über Kernkraftwerke abstimmen dürfen und die Behörden die Aufklärung über Kernkraftwerke in strafflicher Weise vernachlässigt haben, darf man sich über die Reaktion der jungen KKW-Gegner nicht wundern. Denn es handelt sich bei der Kernkraft immerhin um eine im Hintergrund drohende dumple Macht, die ausserhalb unseres Erfahrungsbereiches liegt... Und dies geht uns alle an. Insofern trugen die Demonstrationen bei ihren disziplinierten verlaufenen Aktionen einen moralischen Sieg davon, dessen Wirkung man erst heute richtig beurteilen kann.»

Ins Klima passte auch die Abstimmung in Lucens: Im Dezember erteilte die Bevölkerung der Atomwirtschaft einen Denkzettel, als sie sich mit 634 Nein zu 68 Ja gegen die Lagerung von Atommüll in der Lucens Kaverne aussprach. Auch dies ein Sieg, zwar nur ein moralischer, aber dafür ein deutlicher.



1978

«Immer weniger dafür!», stellte der «Blick» am 7. Januar fest: «Die Zahl der Befürworter von Atomkraftwerken geht in der Schweiz seit 1973 ständig zurück. Heute bejahen nur noch 43 Prozent die Notwendigkeit von A-Werken, 44 Prozent sind dagegen.» 1973 sah es noch anders aus: 65 Prozent für Atomkraftwerke, nur 19 Prozent dagegen. Und noch ein wichtiges Ergebnis dieser Umfrage: 52 Prozent empfanden als grösste Gefahr die «Ungewissheit über die Lagerung von radioaktiven Abfällen.» Nicht nur in der Bevölkerung hatte sich einiges verändert – auch in der Anti-AKW-Bewegung. «Getrennt gegen A-Werke?», fragte sich Urs Hobi Anfang Jahr in der «Basler Zeitung»: «Im Umfeld des Demonstrationstagschusses für 1978 der A-Werk-Gegner in Leibstadt und Olten ist auch ausserhalb der engagierten A-Werk-Gegner die Frage aufge-taucht, ob sich in nächster Zeit die Opposition gegen Kernkraftwerke «zweigeisig» abspiele, nämlich in Form spektakulärer Massenmeetings oder aber – eher diskret – in politischer Kleinarbeit.» Und er notierte, dass vor allem die «Abwesenden» an den Neujahrsdemos interessant waren: «Nur die «zweite» Garnitur war gekommen.»

Die Spaltung wurde nicht geleugnet, aber: «Wir vom Initiativkomitee», so Alexander Euler, «sehen uns in keinem Zweifrontenkrieg engagiert. Wir sehen eine einzige Gegnerschaft, sie marschieren auf zwei Wegen, aber nebeneinander.» Von Seiten der GAKA klang es zwar etwas anders: Man wart den «Gemässigten» ihre «spaltende Politik, die nicht akzeptiert, dass es innerhalb der Bewegung verschiedene politische Richtungen gibt», vor.

Trotz der Auseinandersetzungen: 1978 sollte zu einem entscheidenden Jahr werden, denn der Abstimmungstermin rückte näher, eine Abstimmung, vor der sich die Atomwirtschaft sichtlich fürchtete – und bei der die AKW-Gegner-Bewegung einiges zu gewinnen hatte. 1978 wurde denn auch von den Vorgeplänklern auf die Abstimmung hin geprägt. Von offizieller Seite her wurde versucht, den Initianten jede nur mögliche Schwierigkeit in den Weg zu stellen – dazu gehörte zum Beispiel die Auseinandersetzung um das Wort «Stimmberechtigte» im Initiativtext, das angefochten wurde – und die Ausarbeitung der Atomgesetzrevision wurde vorangetrieben, um sie, als heimlichen Gegenvorschlag, im Abstimmungskampf in die Waagschale zu werfen.

Verschiedene Aktionen bestimmten den Abstimmungskampf: A-Werk-Gegner versuchten, die Anlieferung von Brennstäben nach Gösgen zu verhindern und besetzten die Autobahneinfahrt in Basel.

An Ostern organisierte die «Nationale Koordination» («Fortschrittlicher Flügel») einen Massen hungerstreik. 300 wurden erwartet – 500 kamen und tranken im Aarau Schachen drei Tage lang warmen Tee, während ringsum das Land in Osterhasen und Festmählern schwelgte. Rund 50 verschiedene Komitees, Bürgerinitiativen und Anti-AKW-Gruppen unterstützten diesen Hungerstreik – die Mobilisierungsfähigkeit war keineswegs erloschen, auch wenn über das «Wie» gestritten wurde – das «Weshalb» und «Wozu» waren klar: «Unter dem Druck der Verhältnisse haben die gegenseitigen Angriffe der Atomkraftwerkgegner und ihrer Organisationen stark nachgelassen. Wer heute gegen Atomkraftwerke demonstriert, tut dies unter dem Schutz der gemässigten Gruppen, die sich voll auf einen konventionellen Abstimmungskampf vorbereiten», fasste Daniel Wiener, ein Kenner der Szene, die Lage im März zusammen. Nur einen konventionellen Abstimmungskampf! Damit wollte sich Wiener nicht zufriedengeben, denn dann «läuft die Bewegung Gefahr, 1978 zu sterben.» Und er kündigte neue Aktionen an: «Wer in die Institutionen kein Vertrauen mehr hat, denkt über den Abstimmungstermin hinaus... Auch nach 1978 geht der Kampf gegen AKW weiter.» Im März erteilte der Bundesrat die Teilbaubewilligung für das AKW Gösgen. Im April sprach sich der Nationalrat ohne Gegenstimme für die Atomgesetzrevision aus – «Eindrückliche Geschlossenheit» attestierte die «NZZ» dem Parlament; gleichzeitig sprach sich der Nationalrat etwas weniger einstimmig gegen die Atomschutzinitiative aus. Die Sozialdemokraten, mit den Anhängern der A-Werk-Gegner sympathisierend, enthielten sich hier der Stimme. Damit war der Startschuss für die Abstimmungskampagne gefallen. Ein Anlass für die «NZZ», eine Tour d'horizon der Anti-AKW-Bewegung zu versuchen. Das wachsende Unbehagen in der stark technisierten Umwelt wurde aufgeführt, auch das wachsende Unbehagen mit der Demokratie: «In einer Zeit, da so oft von Mitbestimmung, Demokratisierung und Direktbetroffenheit die Rede ist, wächst der Wunsch, «mitzureden.» Bedauert wurde der «politische Wildwuchs» (lies: «Bürgerinitiativen») und vor allem: dass in der Region Basel selbst bürgerliche Politiker mitmachten. Ein Seitenhieb zielte auf die Presse, die die spektakulären Aktionen der AKW-Gegner genüsslich verbreitete und damit «das verunsicherte Publikum gegenseitig aufschaukelte.» Hauptzielrichtung dieser Bestandesaufnahme jedoch: aufzuzeigen, wie massgeblich die «Systemveränderer» das ganze Geschehen beeinflussen und die A-Werk-Gegner zu kriminalisieren; sie in «gute» und «böse» zu separieren. «Ganz glaubwürdig würde die Distanzie-

rung der gemässigten von den «extremistischen» Gruppen erst, wenn auch die gewaltfreien Aktionen «grundsätzlich preisgegeben» würden, forderte der Autor, wäre dieser «Makel» nicht, so wäre die Bewegung vielleicht akzeptabel (und ihres wirkungsvollsten Mobilisierungsmittels beraubt). Es wurde von Gewalt und kriminellen Aktionen gesprochen, etwa von den Schüssen, die eines Nachts im Frühling 78 in Gösigen gefallen sein sollten – Spuren oder Beweise davon vermochte jedoch niemand zu erbringen. Es war klar: auf bürgerlicher Seite musste man sich mit dieser immer stärker werdenden Bewegung auseinandersetzen, und man versuchte, sie unglaublich zu machen und die verschiedenen Tendenzen gegeneinander auszuspielen. Doch von Verzicht auf gewaltfreie Aktionen war keine Rede: An Pfingsten sammelten sich 7000 Menschen in Corserey, um gegen das geplante Zwischenlager in Lucens zu protestieren. Transparente forderten den sofortigen vierjährigen Baustopp, wandten sich gegen die

GAK forderten denn auch sofort den Rücktritt von Willi Ritschard, die «Gemässigten» schlossen sich dieser Forderung jedoch nicht an.

Im Sommer kam die Atomgesetz-Revision vor den Ständerat, der ihr noch, nach üblichem Muster, einige Zähne zog – Streichung des Stilllegungsfonds, Einschränkung des Einspracherechts nur auf die «direkt Betroffenen» –, die Kernsätze – Bedarfsnachweis, Lösung des Atommüllproblems – jedoch bestehen liess. Inzwischen wetzte die Energiewirtschaft bereits die Messer für den Abstimmungskampf und investierte Millionen in die Propaganda.

Der Schlussbericht der Gesamtenergie-Kommission wurde im Herbst veröffentlicht, als Gegenbericht das Szenario der Umweltorganisationen «Jenseits der Sachzwänge».

Im Oktober wurde in Olten über sechs Teilnehmer der Gösiger Besetzung Gericht gehalten – rund 500 Personen wollten den Verhandlungen beiwohnen. Die Angeklagten, zufällig herausgepickt,

nalen Abstimmung an. Überall bildeten sich neue Unterstützungskomitees, man sammelte Geld, ging auf die Strasse, verteilte Informationsmaterial. Ein Beispiel, wie das Klima in der Vorabstimmungszeit sich darbot: Atom-Befürworter setzten eine gefälschte Nummer des «Grabener Blattes», der Zeitung des Grabener Widerstandes, in Umlauf, in dem sie mit getürkten Angaben versuchten, die beiden Herausgeber des Blattes zu kriminalisieren und in die Isolation abzuführen.

Im Dezember war die Atomenergie erneut Gegenstand von Debatten im Nationalrat: Die Meizoz-Initiative wurde diskutiert. Meizoz, ein Sozialdemokrat aus der Waadt, hatte einen vierjährigen Baustopp gefordert. Als «schlichten Leerlauf» und «lächerlichen Versuch» apostrophierten die Gegner dieser Initiative die Forderung von Meizoz und wiesen darauf hin, dass angesichts der grossen AKW-Bauten in den USA und der «weltweiten Entwicklung der Atomenergie» diese Initiative total überholt sei. Mit 89:37 Stimmen wurde sie verworfen.

1979

Im Januar führte die Schweizerische Energiestiftung in Bern ein Hearing über die Atomgesetzrevision durch. Eine in ihrer Art erstmalige Veranstaltung, meinte SES-Präsident Franz Jäger, standen sich doch die Spitze des Energiewirtschaftsdepartementes, angesehene Wissenschaftler, AKW-Gegner und Juristen Rede und Antwort.

Mitte Februar die Abstimmung über die Atomschutzinitiative: «Knappes Nein zur Atominitiative», titelten die Zeitungen am 19. Februar: mit 965271 Nein gegen 919923 Ja war die Initiative ganz knapp abgelehnt worden.

1969 waren die Gegner der Atomenergie noch eine Handvoll von «Spinner» und «Stürmi» – 1979 sagten rund 49 Prozent der Stimmenden «Nein» zu Atomenergie – die Bewegung konnte ihre Saat spriessen sehen. Und: «Wir kommen wieder», versprachen sie.

(Fortsetzung in der nächsten Nummer: Was danach? Harrisburg. Neue Initiativen. Purzelnde Stromprognosen usw.)

Quellen:

Verschiedene Tageszeitungen: «National-Zeitung», «Basler Zeitung», «Tages-Anzeiger», «Tages-Anzeiger Magazin», «Tat», «Blick», «Badener Tagblatt», «Luzerner Neueste Nachrichten», «LeserZeitung», «Focus», «Neue Zürcher Zeitung», «Basler AZ».
UebA SO/AG: Chronologie Kernkraftwerk Gösigen-Däniken, Schönenwerd 1977.
Dossier Kaiseraugst: Fakten und Stand zur AKW-Frage.
Schweizerische Energie-Stiftung: Die Geschichte der Atomkraft in der Schweiz.
Hanspeter Kriesi: AKW-Gegner in der Schweiz, Verlag Rüeegg, Diessenhofen, 1982.
René Levy, Laurant Duvanel: Politik von unten, Bürgerprotest in der Nachkriegsschweiz, Lenos Verlag, Basel, 1984.



Scheinrevision des Atomgesetzes und diese Diskussion war nach dem interkantonalen Polizeieinsatz in Gösigen aufgenommen, gegen die Bundessicherheitspolizei. «BBC und NOK, mir wänd au öppis z'säge ha!» riefen einige, und schauerliche Figuren, als Gerippe verkleidet, tanzten einen Totentanz.

Auch in Baden, der Atommetropole, marschierten 800 gegen AKW, und es fanden verschiedene weitere regionale Kundgebungen statt.

Am 22. Mai dann ein aufsehenerregender Entscheid des SP-Parteitag: gegen ihren Bundesrat Willi Ritschard beschlossen die Genossen, die Atomschutzinitiative zu unterstützen.

Schwerer Stand für den Vorsteher des Energiewirtschaftsdepartementes und seinen sozialdemokratischen Energiedirektor Kiener: Die Basis hatte gegen sie entschieden. Die beiden «fortschrittlichen» Organisationen SAG und GA-

plädierten auf Kollektivschuld: Alle Beschlüsse seien demokratisch in Vollversammlungen zustande gekommen. Am Schluss der Zeugeneinvernahme «standen Aussagen gegen Aussagen – Gewalttätigkeit und einseitiges Verschulden der Angeklagten konnten daraus nicht abgeleitet werden» («TA», 29. 9. 78). Am 9. November dann die Urteilsverkündung: «Fünf Verurteilte im Gösigen Prozess» berichteten die Zeitungen. Es war vor den Verhandlungen zu tumultartigen Szenen gekommen, weil die Polizei den rund 100 Besuchern den Zutritt verweigerte.

Im November kündeten die Atomwerk-Gegnerorganisationen ein Referendum gegen die Atomgesetzrevision an.

Am 19. November stimmten die Schaffhauser einer kantonalen Atomschutz-Initiative zu.

Inzwischen lief die Kampagne zur natio-



1959

Das Bundesgesetz über die friedliche Nutzung der Atomenergie und den Strahlenschutz tritt in Kraft.

1963

Erste Landkäufe der Motor-Columbus in Kaiseraugst.

1964

Erste Landkäufe der Elektro-Watt in Leibstadt.

1966

Erste Landkäufe der Bernischen Kraftwerke in Graben. Den Landverkäufern wird der Verwendungszweck verschwiegen.

1968

Inbetriebnahme des Versuchsreaktors in Lucens.

1969

Betriebsunfall in Lucens und Stilllegung der Anlage.

Inbetriebnahme von Beznau I (Nordostschweizerische Kraftwerke [NOK]).

Standortbewilligung (ohne vorherige Veröffentlichung) für ein AKW-Projekt in Kaiseraugst mit Flusskühlung.

Standortbewilligung für das AKW Leibstadt.

Einsprache der Regierung und des Parlaments in Basel gegen die Massierung von Atomkraftwerken am Oberrhein.

Gründung der AKW-Gegner-Gruppe «Kaiseraugster für ein gesundes Wohnen».

Gründung des «Nordwestschweizerischen Aktionskomitees gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst».

1970

Gesuch der Bernischen Kraftwerke für die Standortbewilligung wird nicht veröffentlicht.

1971

Inbetriebnahme von Beznau II (NOK). Der Bundesrat verbietet die Flusskühlung und verlangt Kühltürme für AKW.

Gründung des Aktionskomitees gegen das AKW Leibstadt.

Einsprache des Naturschutzvereins Oberaargau gegen die Wasserentnahme für das AKW in Graben.

1972

Gründung der NAGRA, welche für die Entsorgung radioaktiver Abfälle zuständig ist.

Standortbewilligung für das Projekt mit Kühlturm in Kaiseraugst.

Die Gemeinde Kaiseraugst lehnt das neue Projekt ab; der Gemeinderat verweigert die Baubewilligung.

Naturschutzkreise im Oberaargau reichen eine Petition gegen das Projekt Graben mit 12000 Unterschriften ein, welche nie beantwortet wurde.

Standortbewilligung für das AKW Graben.

Gegen das Projekt in Leibstadt werden eine Petition mit 16000 Unterschriften und mehrere Einsprachen eingereicht.

Standortbewilligung für das AKW Leibstadt.

Standortbewilligung für das AKW Gösigen.

Die Motor Columbus zieht den Entscheid der Gemeinde Kaiseraugst vor Bundesgericht.

1973

Das Bundesgericht hebt den Entscheid der Gemeinde Kaiseraugst auf.

Erste schweizerische Demonstration gegen das Atomkraftwerk Gösigen in Olten mit über 1000 Teilnehmern.

Petition gegen Gösigen mit über 16000 Unterschriften eingereicht.

Petition der Einwohner von Russin gegen das geplante AKW in Verbois.

Gründung der Gewaltfreien Aktion Inwil

Gründung der Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst (GAK).

Erster «Probe-Hock» auf dem Gelände von Kaiseraugst.

1974

Standortbewilligung für das AKW Verbois.

Die Gemeinde Verbois verweigert die Einzonung des Baugebietes.

Dorf-zu-Dorf-Kampagne der GAK in der Region um Kaiseraugst. Es werden ca. 20 lokale Bürgerinitiativen gegründet.

Die GAK ruft zu einer Grossdemonstration in Kaiseraugst auf. 6000 Teilnehmer.

Die Kommission für eine Gesamtenergiekonzeption (GEK) wird eingesetzt.

Der Kanton Basel-Stadt lehnt die Beteiligung an Gösigen ab.

1975

Die GAK reicht eine Petition mit 13000 Unterschriften gegen Kaiseraugst ein.

In den Kantonen Basel werden Volksinitiativen zur Verhinderung von Atomkraftwerken eingereicht.

Beginn der Aushubarbeiten in Kaiseraugst.

11wöchige Besetzung des Baugeländes in Kaiseraugst.

Grosskundgebung mit 16000 Teilnehmern auf dem Baugelände.

Gründung der Gewaltfreien Aktion Graben.

Gründung der Gewaltfreien Aktion Bern.

Gründung eines bäuerlichen Aktionskomitees gegen das Atomkraftwerk in Kaiseraugst.

Gründung des Aktionskomitees «AKW-Rüthi-Nein» (Rüthi in St. Gallen ist ebenfalls ein Standort für ein AKW).

Gründung der Überparteilichen Bewegung gegen Atomkraftwerke Aargau/Solothurn.

Grossdemonstration mit 18000 Teilnehmern in Bern.

1976

Einreichung der Volksinitiative zum Schutze vor Atomkraftwerken mit 120000 Unterschriften.

Das Bundesgericht stützt den Entscheid der Gemeinde Verbois gegen das geplante AKW.

1977

Einreichung einer Petition mit 91000 Unterschriften für einen vierjährigen Bau-stopp.

Neujahrsdemonstration in Kaiseraugst.

Pfingstmarsch der AKW-Gegner mit 4000 bis 7000 Teilnehmern. Schlusskundgebung in Gösigen mit 12000 Teilnehmern.

Annahme der Basler Atominitiative im Verhältnis 3:1.

1. Besetzungsversuch in Gösigen mit 2500 Teilnehmern und 950 Polizisten.

2. Besetzungsversuch mit ca. 5000 Teilnehmern. Brutaler Polizeieinsatz.

1978

Inbetriebnahme von Gösigen.

Veröffentlichung des Berichts der Gesamtenergiekommission (GEK).

Veröffentlichung einer Gegenstudie der Umweltorganisationen («Jenseits der Sachzwänge»).

Das Atomgesetz von 1959 wird teilrevidiert.

